

# Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke, Inh. Walter Sieke  
Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. Berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 71

Bad Schandau, Freitag, den 25. März 1927

71. Jahrgang

## Noch immer Spannung auf dem Balkan

### Italien widersteht sich der Untersuchungskommission

Keine Beteiligung Deutschlands.  
Die Beilegung des Konfliktes zwischen Italien und Jugoslawien scheint doch nicht so glatt vonstatten zu gehen, wie man dies namentlich in Paris, London und Berlin erwartet hat. Die Kabinette dieser drei Länder waren beauftragt mit Zustimmung der jugoslawischen Regierung dahin übereingekommen, durch eine auf breiter Grundlage gebildete Kommission an der albanisch-serbischen Grenze eine Untersuchung vorzunehmen zu lassen. Gegen diese Entsendung der Untersuchungskommission hat nun der italienische Botschafter in Paris Einspruch erhoben. Italien begründet diesen Widerstand gegen die Untersuchungskommission damit, daß es nach Ansicht der italienischen Regierung unbestreitbar sei, daß die jugoslawische Regierung an der albanischen Grenze Militärübungen getroffen hat. Bis zum Eintreffen der Untersuchungskommission würde nach Ansicht der italienischen Regierung Jugoslawien die Truppen von der albanischen Grenze zurückgezogen haben.

### Eine Protestnote Jugoslawiens.

Als Gegenschlag zu dem Vorgehen Italiens hat jetzt auch die Regierung Jugoslawiens Material für eine Zirkularnote zusammengestellt, die an alle befreundeten und verbündeten Regierungen geschickt werden und in der nähere Angaben über militärische Vorbereitungen Italiens unter der unmittelbaren Leitung Mussolinis enthalten sein sollen. In der Note werden diese Rüstungen als eine unmittelbare Gefahr für alle Nachbarstaaten bezeichnet und es wird eine Enquete und Nachprüfung dieser Rüstungen verlangt.

### Der englische Botschafter bei Dr. Stresemann

Deutschland soll sich an der Untersuchungskommission beteiligen.  
Berlin, 25. März. Der englische Botschafter hat gestern nachmittag dem deutschen Außenminister den Vorschlag gemacht,

Deutschland möge sich an der Untersuchungskommission, die auf Veranlassung Südslawiens an die südslawisch-italienische Grenze gesandt werden soll, beteiligen. Der Außenminister habe sich die Entscheidung darüber vorbehalten, habe aber den englischen Botschafter von vornherein darauf aufmerksam gemacht, daß eine derartige Beteiligung Deutschlands in dieser Angelegenheit nur in Frage kommen könnte, wenn außer England auch alle anderen an dieser Frage interessierten Mächte, insbesondere Frankreich und Italien, einverstanden seien.

### Weshalb Mussolini sich im italienisch-jugoslawischen Konflikt auch an Deutschland wandte.

Rom, 25. März. Zu dem in den französischen Blättern vielfach geäußerten Befremden darüber, daß die italienische Regierung sich in dem italienisch-jugoslawischen Konflikt wegen angeblicher jugoslawischer militärischer Vorbereitungen auch an Deutschland wandte, bemerkt die offiziöse Tribuna, daß nicht mehr der geringste Anlaß vorliege, sich über das italienische Vorgehen den Kopf zu zerbrechen. Deutschland sei in den Völkerbund eingetreten und die erfolgte deutsch-italienische Annäherung habe durch den Abschluß des deutsch-italienischen Schiedsgerichtsvertrages auch ihre offizielle Bestätigung gefunden.

### Das jugoslawische Militärbudget nach großen Tumulten in der Stupschina gegen eine Stimme angenommen.

Belgrad, 24. März. Die Stupschina hat in ihrer Sitzung in der Nacht zum Donnerstag den Militäretat angenommen. Gegen das Budget stimmte nur ein serbischer Bauernabgeordneter, der in der Debatte die Heeresleitung scharf angriff und damit den Widerspruch sämtlicher Parteien des Hauses hervorrief. Radikale Abgeordnete stürmten zur Rednertribüne, um den Abgeordneten mit Gewalt zu entfernen. Der Präsident mußte die Sitzung unterbrechen. Der Vertreter der serbischen Bauern stimmte als einziger gegen das Militärbudget.

Die offensichtliche Tendenz des Kommentares, den die nationalistische Nation Belgie glaubt hinzufügen zu müssen, entspricht dem Prinzip des Blattes, Deutschland immer von neuem zu verdächtigen. Daß von deutscher Seite irgendein Druck ausgeübt worden ist, der zur Ablehnung des Schiedsvertrages führte, entspricht selbstverständlich nicht den Tatsachen.

### Eine offiziöse belgische Verlautbarung zum holländisch-belgischen Streitfall.

Brüssel, 24. März. Zur Ablehnung des holländisch-belgischen Vertrages durch die holländische Kammer wurde dem Vertreter der U. aus der Umgebung des belgischen Außenministers Banderwede folgendes erklärt:

„Wir sind zwar enttäuscht über den Ausgang der holländischen Kammerdebatte. Wir sind jedoch durch den Mißerfolg keineswegs entmutigt. Wir werden alle uns zu Gebote stehenden Mittel ergreifen, um die für Belgien lebenswichtigen Fragen doch noch einer annehmbaren Lösung entgegenzuführen. Für diesmal hat in Holland wiederum der Geist des Vertrages von Münsteregg gestiegen. Die Ablehnung soll ohne Zweifel ausdrücken, daß man Belgien tatsächlich den Kanal Antwerpen—Moerdijk streitig machen will. Wir werden auf keinen Fall die direkten Verhandlungen mit Holland wieder ins Rollen bringen. Einsteilen muß sich nach unserer Auffassung die internationale politische Öffentlichkeit mit der Frage der Regelung des Schiedsvertrages befassen. Im übrigen bleiben die von den Mächten im Jahre 1919 gemachten Erklärungen in vollem Umfange in Geltung. Die diplomatische Fühlungnahme mit London und Paris wird aufrecht erhalten werden, um einen gangbaren Weg zur Lösung des gegenwärtigen Konfliktes zu finden.“

### Karnebeel demissioniert.

Haag, 25. März. Infolge der Ablehnung des Schiedsvertrages durch die erste Kammer hat Außenminister Karnebeel der Königin seine Demission angeboten. Die Königin hat den Außenminister gebeten, im Amte zu verbleiben, bis sich ein Nachfolger gefunden habe. Als sicher wird Patijn genannt.

### Für eilige Leser.

\* Der Reichspräsident empfing gestern nachmittag den Reichsfinanzminister Dr. Köhler zum Vortrag über finanzpolitische Fragen sowie den Reichswehrminister Dr. Gessler

\* In der Kaiser-Allee in Berlin fuhr gestern nachmittag ein Geschäftsautomobil infolge Plagens eines Reisens gegen einen Baum, wobei der diese Stelle gerade passierende 74 Jahre alte Bauart Hoffmann getötet wurde. Seine Gattin erlitt lebensgefährliche Verletzungen, denen sie inzwischen erlegen ist.

\* Die unter dem Verdacht, den Brand in den beiden Schlafwagen des Luxuszuges Wien—Nizza fahrlässig verursacht zu haben, in Mailand festgehaltene Wienerin Kohn-Rastner verblühte im Hotel vor ihrer weiteren Vernehmung einen Selbstmordversuch mit Beronal. Ihr Zustand soll hoffnungslos sein.

## Südtirol im Zeichen der Zwangs-Verpflichtungen

Von Unterstaatssekretär für Aeußeres a. D. v. Pflügl, Wien.

Verbannungen aus politischen Gründen hatten von jeher einen Beigeschmack des Schrecklichen. Wenn der Bürger eines mitteleuropäischen Kulturstaates in der „guten alten Zeit“ beim Morgenkaffee von der Zwangsverpflichtung eines links stehenden russischen Politikers nach Sibirien las, so packte ihn ein Frösteln des Grauens, und er dankte Gott, im Herzen des alten Weltteiles das Licht der Welt erblickt zu haben, wo angeblich für solche Methoden schwerer Barbarei kein Platz war. Unsere Großeltern hätten wohl die Zumutung, zu glauben, daß Italien, das traditionelle Land der Freiheit und Kultur, dieses mit Blut und Tränen belastete russische Straßensystem später übernehmen würde, als unsinnig abgewiesen.

Und doch ist heute das schier Unmögliche zur Wirklichkeit geworden. Die Regierung des Landes eines Dante und eines Cavour hebt gegenwärtig bei Nacht und Nebel italienische Staatsangehörige deutscher Zunge aus, entreißt sie den Armen ihrer Familien und verpflanzt sie mit Gewalt in gesundheitsgefährliche Gegenden, die schon manchem das dortige Klima nicht Gewohntes das Leben kosteten. Da Italien kein Sibirien besitzt, so verbannt das faschistische Regime diese deutschen „Staatsverbrecher“, Angehörige einer Nation, die zur politischen Einigung und zum wirtschaftlichen Aufstieg der Italiener so viel beigetragen hat, und der dankbar zu sein, das apenninische Ränigreich allen Grund hätte, auf die liparischen Inseln oder das nahe an Afrikas Küste gelegene, trinkwasserlose Pantelaria.

Dieses harte Los traf bekanntlich unlängst zwei im Bogen der Unterlande allgemein beliebte und geachtete Südtiroler, den Rechtsanwält Dr. Josef Roldin und den früheren Lehrer Rudolf Riedl, einen Mann, der vom Bettel eines Monatsruhegehaltes von 270 Lira und kleinen Nebenverdiensten sich selbst und vier mutterlose Kinder erhalten muß. Riedl wurde in Ketten geschloffen und abgeführt, ohne von seiner Familie Abschied nehmen zu können.

Die unter Vorbehalt des kaum 30jährigen Präfecten von Trient, Vaccari, — er würde bei einem anderen Ausgang des Weltkrieges wohl noch heute den seinem Bildungsgrade entsprechenden, im Jahre 1918 innegehabten Posten eines kleinen Schreibers in Südtirol bekleiden — tagende Konfiskationskommission sandte Roldin und Riedl, ohne ihnen nur die Möglichkeit einer Rechtfertigung gegeben zu haben, nur deshalb für volle fünf Jahre in die Verbannung, weil sie das Verbrechen begangen hätten, Deutsche sein und Deutsche bleiben zu wollen und dem deutschen Nachwuchs auf ihrem heimathlichen Unterboden in seiner Muttersprache erteilt zu haben. Das in deutscher Sprache geschriebene Faschistenblatt „Alpenzeitung“ in Bogen begrüßt diese Verfügungen als Ausfluß des „Sinnes und Willens unseres obersten Duce, gerichtet auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des inneren Friedens in Italien“.

Diese Willkürakte, die wohl vor keinem Forum der Welt bestehen könnten, das Recht von Unrecht zu scheiden versteht und nicht Kabinettsjustiz übt, wirkten umso aufreizender, als sie knapp nach der Schaffung der Provinz Bozen erfolgten, in der weite Schichten des zu ehrlieh denkenden deutschen Volkes ein Zeichen beginnender Wandlung in der römischen Politik in Südtirol erblicken zu können glaubten.

Die Entwicklung hat nur zu rasch denjenigen recht gegeben, die den Einlenkungsversuchen der von den Deutschenfressern um Professor Tolomei herum so schlecht beratenen Zentralkommission Reichsdeutschen, die mit der italienischen Intelligenz in Deutschsüdtirol — die Einheimischen nennen sie die „Zugezogenen“ — in Fühlung stehen, wissen, mit welcher maßlosem Ertönen und mit welcher Heiterkeit diese Kreise die Jubelhymnen eines Großteils unserer Presse über die administrative Lösung Bözens von seinem Trienter Erbfeind aufgenommen haben. Darüber hat man vor allem die schmerzliche Tatsache vergessen, daß diese Neuordnung der Verhältnisse in dem Italien zugewachsenen Gebiet die Abtrennung der Südspitze des geschlossenen deutschen Sprachbodens, des Bögner Unterlandes, von Bogen südwärts bis zur Sprachenscheide in Salurn, von Deutschsüdtirol und ihr Aufgehen in die Provinz Trient besiegelt und damit das Todesurteil für 14 000 treudeutsche Unterländer bedeutet.

Heute sehen aber wohl auch die unentwegtesten deutschen Optimisten ein, daß mehr Zurückhaltung am Plage gemessen wäre. Heute, wo zahlreiche Stützposten gerade aus dem Bögner Unterlande eintreffen und sich der Haß der Trienter Gewalthaber gegen das Deutschtum im allgemeinen und das Tirolertum im besonderen nun schrankenlos ausleben kann, hat sich die Mehrheit der Deutschen in der Beurteilung der Vor- und Nach-

## Belgisch-holländischer Schiedskonflikt.

Haag. Die holländische Erste Kammer lehnte den von der Regierung vorgeschlagenen Schiedsvertrag mit Belgien ab. Belgischerseits wird betont, daß dieser Schritt Hollands großes Bedauern ausgelöst hat. Man beklagt in Brüssel insbesondere, daß die so zustande gekommene Entscheidung zur Folge haben muß, daß für die Zukunft eine weitere Entwicklung in der Zusammenarbeit der beiden Länder auf dem Gebiete der internationalen Politik und insbesondere im Rahmen des Völkerbundes unmöglich gemacht wird. Von keiner Seite wird bezweifelt, daß die belgische Regierung gewillt ist, mit aller nötigen Festigkeit eine derartige Erledigung ihrer Ansprüche zu betreiben, wie sie Belgien zu erwarten das Recht hat.

### Belgien zur Ablehnung des Schiedsvertrages.

Erneute Verdächtigungen Deutschlands.

Brüssel, 24. März. Die Ablehnung des holländisch-belgischen Vertrages durch die holländische Kammer hat in belgischen politischen Kreisen einen sehr unliebsamen Eindruck hervorgerufen. In Regierungskreisen wird das tiefste Bedauern über diese Ablehnung zum Ausdruck gebracht und ihr gegenüber erklärt, daß die belgischen Gegenmaßnahmen danach aufrecht erhalten und verteidigt werden müssen. Es ist nahezu sicher, daß die belgische Regierung einen Aufruf an die Mächte richten wird. Die Mittagsblätter bemerkten bereits, daß die holländische Handlungsweise wenig geeignet sei, den gegenseitigen Wunsch auf engere freundschaftliche Zusammenarbeit in die Tat umzusetzen. Soir meint, daß Belgien sich zu neuen Verhandlungen herablassen könne. Die Mächte hätten nunmehr das Wort. Mehrfach äußert sich Nation Belgie, die hinzuzügt, daß Holland auf die Unterstützung Deutschlands rechnen könne, wenn der Streitfall etwa vor den Völkerbund gebracht werde. Das Blatt will sogar weiter zuverlässig erfahren haben, daß die holländische Haltung direkt auf einen von deutscher Seite ausgeübten Druck zurückzuführen sei (?), wie Deutschland schon einmal versucht habe, auf die holländische Haltung in politischen Tagesfragen einzuwirken.